

Gott sei Dank kein Rechtsruck

NPD und REP machen keinen Stich

Gesichtspunkte, die uns auffielen.....	1
Extrem rassistischer Wahlkampf der Rechten mit wenig Resonanz....	2
Keine Wählerwanderung nach rechts.....	3
Die NPD in Bayern: „Wenn nicht heute - vielleicht morgen?“.....	5
Sind die Rechten zur Zeit alle im Lager der CSU.....	6
... oder hätte die CSU die Rechten nur gerne alle bei sich?.....	8
Beckstein würde demjenigen „bei der Heimreise helfen“, der zwangsweise hierher gekommen sei.....	10

Gesichtspunkte, die uns auffielen

- ◆ Überdenkt man das Wahlergebnis in Bayern, so fällt auf, dass die Rechten von der enormen Krise der CSU und auch der SPD so gut wie nicht profitieren. Es gibt – Gott sei Dank – keinen Rechtsruck in Bayern. Ein Umstand, der unseres Erachtens gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.
- ◆ Streng genommen lauert die Gefahr für Bayern in Österreich, wo der Aufbau einer rechtsextremen Partei mit Massenbasis droht, die die bürgerlichen Parteien an Schlagkraft überrundet, was Rechtsnationalen und Faschisten in der Schweiz, in Österreich, in Bayern und auch im europäischen Parlament Auftrieb geben dürfte.
- ◆ Es scheint so, dass Union insgesamt an vielen Fronten in eine Krise kommt. Nur ein Teil davon ist durch den Absturz der CSU verursacht. Auf Bundesebene wäre zur Zeit eine schwarz-gelbe Koalition nicht möglich, trotz extrem hoher Werte für die FDP. Rot-Rot-Grün hätte mit 49% drei Punkte Vorsprung vor Schwarz-Gelb mit 46%.¹
- ◆ Frappierend für uns ist auch, dass die CSU ihren so genannten Kompetenzvorsprung bei den Themen Wirtschaft und Arbeitsplätze vor der SPD zwar mit großem Abstand halten konnte, aber in Sachen Bildung diesen Vorsprung weitgehend einbüßte. Die Bildungspolitik scheint zur Achillesferse der CSU geworden zu sein. Sie wird laut Wählerumfrage als Problem Nr. 1 in Bayern gesehen. Aber auch die Verankerung des Dreiklangs „CSU = Bayern = wirtschaftlicher Erfolg“ im Bewusstsein der bayerischen Bürger – seit Mitte der neunziger Jahre einer der wesentlichen Faktoren für die Wahlerfolge der CSU – zeigt spätestens seit den Kommunalwahlen im Frühjahr erste Risse.
- ◆ Vielfach wurde vor den Wahlen geglaubt, dass nur mit einem Einzug der Linken in den Landtag die 50%-Mehrheit der CSU bei den Mandaten geknackt werden kann. Das Wahlergebnis belehrt uns, dass dies auch durch eine Verschiebung im bürgerlichen Lager geht und die Linke dafür gar nicht gebraucht wird. Bei näherer Betrachtung der Programme und Positionen allerdings kann man erhebliches, durchaus auch oppositionelles Potential im bürgerlichen Lager finden, also z.B. bei den Freien Wählern und der FDP. Eine differenzierte Betrachtung ist also nötig, um den neuen Spielraum für demokratische, soziale und sozialistische Politik erkennen und nutzen zu können.
- ◆ Die Folgen des Absturzes der CSU sind fast unabsehbar auch für den Bundesrat und das EU-Parlament. Bei anhaltender Schwäche könnte die CSU an der 5%-Hürde für das Europaparlament scheitern, bei einer Koalition mit der FDP könnte eine Neutralisierung der

¹ Die Welt 8.10.2008 Newsticker

CSU im Bundesrat verschiedenste reaktionäre Pläne – so z.B. eine Verfassungsänderung für den Einsatz der Bundeswehr im Inneren – unsicher machen...

- ◆ Die regionalen Asymmetrien der Parteien scheinen sich noch zu verfestigen, auch hier ist eine differenzierte Betrachtung nötig.
- ◆ Es sieht wohl so aus, dass der Linken in Bayern nichts geschenkt wird – fünf Prozent auf jeden Fall nicht. Sich mit dem allgemeinen, bundesweiten Trend und ein paar nichtssagenden Plakaten in den Landtag spülen zu lassen – eine Absicht, die zumindest im Augsburger Kreisverband vorzuherrschen schien – diese Rechnung ging nicht auf. Natürlich ist das Ergebnis mit 4,3% landesweit ein Achtungserfolg. Aber ausbaufähig ist es nur durch politische Arbeit – v.a. am Ort – und ernstzunehmende politische Konzeptionen. Und dafür ist die Basis in Bayern doch noch recht dünn und disparat.
- ◆ Mit den Freien Wählern sind Kräfte, die sich in den Kommunen schon lange bewährt haben, als drittstärkste Partei in den Landtag eingezogen. Das dürfte zu einer stärkeren Orientierung der Landespolitik an kommunalen Belangen führen. Falls die Linke nächstes Mal in den Landtag kommt, könnte sich in Bayern ein Sechs-Parteien-System – ohne die Rechten! – etablieren, was wirklich eine ganz neue Situation ergäbe. Die bärenstarke kommunale Verankerung der FW macht eine Vernichtung durch die CSU fast unmöglich und deutet eher auf ein weiteres Erstarben der FW hin, womit die absolute Herrschaft der CSU auf Dauer gebrochen sein dürfte.

In einer Artikelserie wollen wir solche Gesichtspunkte näher beleuchten. In diesem Artikel wollen wir uns mit dem Wahlkampf der Rechten befassen.

Extrem rassistischer Wahlkampf der Rechten mit wenig Resonanz

NPD und REP traten zwar konkurrierend an, aber mit fast identischer politischer Stoßrichtung. In puncto Chauvinismus und Rassismus standen sie sich in nichts nach. Die NPD: „Wir statt Überfremdung“ mit zwei deutschen Kinderköpfen, die REP: „Unser Land für unsere Kinder“ mit einer fröhlichen deutschen Kinderschar oder „Unser Volk zuerst!“. Die NPD: „Sozial geht nur national“, die REP: „Sozialstaat retten, Zuwanderung stoppen!“. Beide Parteien versuchten eine bajuwarische, heimattreue und familienverbundene Komponente ins Spiel zu bringen, verbunden mit abstoßendem Fremdenhass.²

Die Hetze konzentrierte sich auf Muslime, bzw. Menschen mit türkischer Herkunft und ihre Religion. Die REPs: „Wir lassen die Kirche im Dorf... und die Moschee in Istanbul!“. Die NPD brachte ein Plakat in Umlauf, auf dem eine verschleierte Frau, ein dunkelhäutiger Mann und der Spruch „Guter Heimflug“ zu sehen war.

Stimmen/ Wahl- vorschlag	Gesamtstimmen				
	2008 Anzahl	2008 %	2003 %	Veränderung	
				Anzahl	%-P.
abgegeben	10789130	.	.	+379916	.
ungültig	185516	1,7	1,5	+25037	+0,2
gültig	10603614	100	100	+354879	.
davon					
CSU	4600463	43,4	60,7	-1617401	-17,3
SPD	1971030	18,6	19,6	-41235	-1,0
GRÜNE	998084	9,4	7,7	+205034	+1,7
FW	1085596	10,2	4,0	+674290	+6,2
FDP	846067	8,0	2,6	+582336	+5,4
REP	145951	1,4	2,2	-83513	-0,9
ödp	211959	2,0	2,0	+11856	+0,0
BP	116369	1,1	0,8	+38979	+0,3
BüSo	1263	0,0	0,1	-4971	-0,0
BB	7320	0,1	0,0	+6385	+0,1
DIE LINKE	461131	4,3	.	[+461131]	[+4,3]
VIOLETTE	15430	0,1	.	[+15430]	[+0,1]
NPD	123273	1,2	.	[+123273]	[+1,2]
RRP	19678	0,2	.	[+19678]	[+0,2]
Sonstige 03	X	.	0,4	[-36393]	[-0,4]

Quelle: Statistisches Landesamt

<http://www.landtagswahl2008.bayern.de/ta2990.html>

² Vgl. unsere Berichterstattung über die Wahlplakate v.a. der Rechten in Bayern: *Wahlplakate kommentiert* http://www.forumaugsburg.de/s_5region/Landespolitik/080927_Landtagswahl-II/index.htm

So wenig wie die Plakate waren auch die Typen gefragt

19. September 2008

München. Auf dem Marienplatz findet eine Wahlkampfveranstaltung der Republikaner statt. Es spricht der Bundesvorsitzende der Partei Dr. Rolf Schlierer. Unter den vielen Touristen und Freitagnachmittags-Shoppern sind die ZuhörerInnen der Kundgebung kaum auszumachen. Es mögen 20 Personen sein, die der rhetorisch schlechten und inhaltlich belanglosen Rede Schlierers lauschen, unter ihnen auch der bayerische Landesvorsitzende der Republikaner, Johann Gärtner. Die Veranstaltung ist für 16 bis 18 Uhr angekündigt doch nach 45 Minuten Rede und fünf Minuten Wahlkampfzeitungsverteilen ist die Sache beendet. Schlierer und Gärtner verlassen den Marienplatz Richtung Theatinerstraße, wobei sie hinter dem Rathaus (Weinstraße/Ecke Landschaftsstraße) noch einen Infostand der NPD passieren, an dem sich u. a. Renate Werlberger abmüht, die NPD-Wahlkampfzeitung an die PassantInnen zu bringen.



23. September 2008

München. Ihre kümmerlichen Wahlkampfbemühungen krönt die bayerische NPD mit einer passenden Wahlkampfkundgebung auf dem Münchner Marienplatz. Rund 25 TeilnehmerInnen finden sich zu



Reden von Roland Wuttke, Ralf Ollert und Karl Richter ein. Neben altgedienten NPD-Anhängern waren auch einige junge Aktivisten gekommen, darunter Norman Bordin. Das Ganze wird von der Polizei weitläufig abgesperrt, zahlreiche Protestierende machen mit Pfeifen und Sprechchören auf sich aufmerksam. Von „Bürgernähe“ der neonazistischen Partei keine Spur.

http://www.aida-archiv.de/index.php?option=com_content&view=category&layout=blog&id=163&Itemid=1192

Dagegen ermittelten sieben Staatsanwaltschaften in allen Städten, wo das Plakat zu sehen war, wegen Volksverhetzung, darunter auch in Augsburg.³ Beschlagnahmt und von der Polizei abgehängt wurden Plakate auch in Würzburg und Kitzingen. Die Generalstaatsanwaltschaft in München befasste sich im August mit dem Fall. Die NPD musste das Plakat von ihrer Webseite nehmen. Warum die bayerischen Staatsanwaltschaften nur bei diesem einen Plakatmotiv Volksverhetzung erkennen konnte, bleibt uns schleierhaft.

Selbstverständlich ist es erschreckend, dass NPD und REP zusammen ca. 270.000 Gesamtstimmen erreichten, was ca. 135.000 Wählern entspricht.⁴

Aber man muss auch konstatieren, dass trotz des krampfhaft entschlossenen Anlaufs, den die NPD diesmal nahm⁵, trotz des erneuten Antritts der REP mit einer gewaltigen Plakatwerbung und trotz der schweren Krise der „Volksparteien“ CSU und SPD – die beiden rechtsextremen Parteien zusammen kaum mehr Stimmen bekamen als die REPs 2003 alleine. Genau genommen, waren es mit zusammen 2,6 Prozent für die Rechten ganze 0,4 Prozent oder etwa 20.000 Stimmen mehr als bei der vorigen Landtagswahl.

Als weitere eindeutig rechte

Organisationen kandidierten der Bürger-Block e.V. (BB), wählbar nur in Oberfranken und die Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo), wählbar nur in Oberbayern. Deren Ergebnisse sind vernachlässigbar.

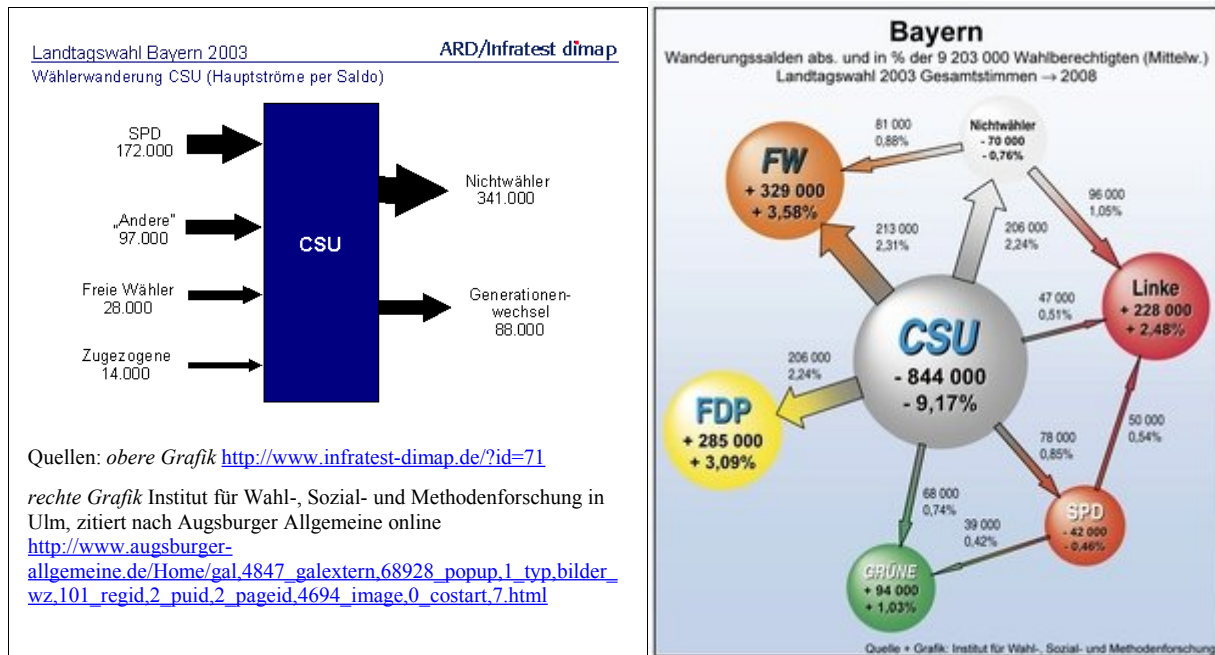
Keine Wählerwanderung nach rechts

Die Schaubilder auf Seite 4 zeigen, wie sich die Wählerströme seit 2003 umkehrten und verstärkten. Hatten bei der Landtagswahl 2003 die Freien Wähler und die SPD noch an die CSU abgegeben, so musste bei der jetzigen Landtagswahl die CSU jeweils über 200.000 Wähler an die FDP und die FW

³ Betroffen sind die Behörden in Ingolstadt, Landshut, Ansbach, Augsburg, Würzburg, Passau und Memmingen. Im Raum Ingolstadt gab es nach Angaben der Polizei in diesem Zusammenhang auch eine Durchsuchung. Nach Informationen der Süddeutschen Zeitung handelt es sich um die Wohnung eines NPD-Funktionärs, in der die Beamten Propagandamaterial sichergestellt hätten. Dazu wollte sich die Polizei nicht äußern. SZ 27.08.2008

⁴ Die Gesamtstimmen setzen sich in Bayern aus einer Addition von Erst- und Zweitstimmen zusammen

⁵ Die NPD ist zu den Landtagswahlen 2003 gar nicht angetreten. Eine Kandidatur in allen sieben Wahlbezirken, also flächendeckend in ganz Bayern, gelang der NPD zuletzt 1972.



abgeben, dazu nochmal über 200.000 Stimmen an die Nichtwähler, 68.000 an die Grünen, 78.000 an die SPD und 47.000 an die Linke.

Den Sozialdemokraten nützte aber die Gnadengabe der CSU nichts, denn sie mussten per Saldo an die FDP 10.000 Wähler abgeben, an die Grünen 30.000, die FW 40.000, an die Linke 50.000 und an die Nichtwähler 20.000.⁶ Die Linke und die FW konnten also nach dem obigen Schaubild scheinbar als einzige Parteien in nennenswertem Umfang Nichtwähler mobilisieren. Nach einer Analyse der LMU mobilisierten daneben auch die FDP und in geringerem Umfang auch die Grünen Nichtwähler.⁷

Ausschlaggebend für die neuen Machtverhältnisse in Bayern ist eine Verschiebung im so genannten bürgerlichen Lager. Die Tabelle auf Seite 5 zeigt, wie stark die Abwanderungen aus der CSU die Stimmresultate der anderen Parteien beeinflusste. Und hier zeigt sich ein gravierender Unterschied zwischen FDP und FW. Beide haben zwar jeweils über 200.000 Stimmen aus der CSU bekommen, aber für die FDP war das entscheidend, um überhaupt in den Landtag zu kommen. Die FW hätten es auch ohne die Stimmen der CSU geschafft.

Genau genommen handelt es sich nicht nur um Verschiebungen im so genannten bürgerlichen Lager, sondern auch um Bewegung im Lager der so genannten Opposition, so z.B. eine Verschiebung von 30.000 Stimmen von der SPD an die Grünen und wiederum 30.000 Stimmen von den Grünen an die Linke. Hauptgewinner im Lager der Opposition ist die Linke. Von den 4,3 Prozent Gesamtergebnis der Linken stammen 3,2 Prozentpunkte von anderen Parteien.

Es handelt sich zudem um komplizierte Wechselwirkungen und Wanderungen zwischen dem bürgerlichen und dem oppositionellen Lager, was auf längere Sicht interessant werden kann...

Die Rechten blieben bei diesen Wanderungen außen vor, sie schmorten in ihrem eigenen Sumpf und nahmen sich gegenseitig die Stimmen weg. Eine Wählerwanderung von der CSU zu den Rechten ist auf Landesebene und auf Bezirksebene statistisch nicht nachweisbar – wie eine von der Augsburg Allgemeine in Auftrag gegebene Studie zeigt.⁸

⁶ Quelle <http://www.landtagswahl-bayern.uni-muenchen.de/cms/index.php?page=graphik-wanderung>

⁷ Eine Wanderung von 96.000 Nichtwählern zur Linken, wie sie das Institut für Wahl-, Sozial- und Methodenforschung Ulm angibt, scheint übertrieben. Auf den Seiten der Ludwig-Maximilians-Universität zur Landtagswahl vom 28. September 2008 ergeben sich Wählerwanderungen aus dem Lager der Nichtwähler: zu den Freien Wählern 80.000, zur Linken 40.000, zur FDP 40.000 und zu den Grünen 20.000. <http://www.landtagswahl-bayern.uni-muenchen.de/cms/index.php?page=graphik-wanderung>

⁸ Die AZ beauftragte das oben schon erwähnte Institut für Wahl-, Sozial- und Methodenforschung in Ulm. Bei den ausgewählten 21 untersuchten Wahlbezirken und -Kreisen, die die AZ online zeigte, gab es nur *einen* Fall, wo eine Wählerwanderung von der CSU zu den Rechten nachweisbar war: In Aichach wanderten 55 Wähler von der CSU zu den Rechten.

Wählerwanderungen von der CSU zu anderen Parteien

Landtagswahl 2008 in Bayern

	Abwanderungen von der CSU	Abwanderung in % der WählerInnen	Ergebnis der Parteien % der gültigen Gesamtstimmen	Ergebnis der Parteien ohne Zufluss aus der CSU
CSU	-	0,0	43,4	43,4
SPD	78.000	1,5	18,6	17,1
GRÜNE	68.000	1,3	9,4	8,1
FW	213.000	4,0	10,2	6,2
FDP	206.000	3,9	8,0	4,1
DIE LINKE	47.000	0,9	4,3	3,5

Die Zahlen für die *Abwanderungen* stammen vom Institut für Wahl-, Sozial- und Methodenforschung in Ulm, zitiert nach Augsburgener Allgemeine online http://www.augsburger-allgemeine.de/Home/gal.4847_galextern.68928_popup.1_typ.bilder.wz.101_regid.2_puid.2_pageid.4694_image.0_costart.7.html

Bei der *Abwanderung in % der WählerInnen* haben wir die WählerInnen aus einer Halbierung der Gesamtstimmen gewonnen, da die Gesamtstimmen aus einer Addition der Erst- und Zweitstimmen bestehen.

Die NPD in Bayern: „Wenn nicht heute - vielleicht morgen?“

Britta Schellenberg vom Centrum für angewandte Politikforschung schrieb vor der Landtagswahl über die Strategie und die Chancen der NPD in Bayern:

„*Wenn nicht heute – vielleicht morgen?*“

Langfristig träumen die Funktionäre den Traum der Westausdehnung: Großspurig hatte die Partei verkündet, Bayern solle ein „Brückenkopf“ in den Westen werden. Das bayrische Ergebnis bei der Bundestagswahl 2006 schien den Anfang einer realen Chance zu markieren: Die NPD kam auf 1,3 Prozent. Und auch der hohe Mitgliederanteil in Bayern – ein Siebtel der Mitglieder kommt aus dem Freistaat – schien für den Traum zu sprechen. Noch steht die Wahl bevor, doch aufgewacht sind die NPDler bereits: der Einzug in ein westliches Parlament wird wohl nicht erreicht. Jetzt geht es um kleinere Ziele. Die Ein-Prozent-Hürde, um in den Genuss von Wahlkostenerstattung zu kommen. Und zu analysieren, in welchen Gegenden man punkten kann. Denn es gibt einige Gründe, die gegen größere Erfolge in Bayern sprechen:

So gibt es kaum eine Partei, die nicht auf Heimatverbundenheit setzt. Insofern kann sich die NPD mit diesem Thema kaum hervortun. Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hatte unlängst den Bayern eine „besondere Nähe zum Rechtsradikalismus“, hauptsächlich aufgrund ihres ausgeprägten „nationalen Chauvinismus“ bescheinigt. Die CSU-Regierung wies diese Einschätzung empört zurück. Tatsächlich scheint in diesem Zusammenhang die Analyse Günther Becksteins stimmig: „Wir in Bayern leben einen aufgeklärten Patriotismus, und das führt dazu, dass die NPD hier keinen Fuß auf den Boden bekommt“, sagte er unlängst gegenüber Netz-gegen-Nazis. Der Blick der NPD wandert für bayrische Vorlieben einen Tick zu schnell vom heimischen Bavaria zu Groß-Deutschland.

Zudem fehlt der Partei die Verankerung in der Bevölkerung. Von den 35 Bezirksverbänden sind rund ein Drittel nicht aktiv. Und da ist auch noch die Konkurrenz: Gerade im ländlichen Raum, wo die NPD in anderen Bundesländern besonders punkten kann, ist die CSU in Bayern tief verwurzelt. Und die zeigt sich auf dem Land sehr offen zum rechten Rand. Zudem sind selbst die rechtsradikalen Republikaner stärker im ländlichen Bayern verankert. Sie sind zwar politisch eher bedeutungslos, können aber noch Wähler mobilisieren (bei den letzten Landtagswahlen 2,2 Prozent). Da es – anders als zwischen NPD und DVU – mit den Republikanern keinen Wahlpakt gibt, kämpfen sie um Wählerstimmen.

Außerdem gelingt der NPD in Bayern die Anbiederung an die Mitte nicht besonders: Zumindest ist die radikale, ja rechtsextremistisch-paramilitärische Seite der NPD keineswegs kaschierbar: Ob prügelnde Neonazis als NPD-Wahlhelfer auffallen oder ein Kamerad wie Mathias Bauerfeind im Wahlkreis Rhein-Spessart für sich und das Image des aggressiven, anpackenden Straßenkämpfers wirbt. Die rechtsextreme und aggressive Orientierung der Kandidaten und vor allem der Anhänger bei Demonstrationen oder Wahlveranstaltungen schreckt die ‚normalen‘ Bürger eher ab.

Interessant in Bayern wird daher zum einen sein, in welchen Gegenden die NPD am besten da steht. Zum anderen wie stark die Partei bei den Erst- und Jungwählern punkten kann. Rechtsextreme Subkultur – unter anderem durch die NPD-Schulhof-CD auch in Bayern lanciert – könnte mittelfristig den Boden für eine entsprechende Wählerschaft bereiten. Also kein zufriedenes Zurücklehnen. Es gibt langfristig keine Entwarnung, auch nicht für Bayern.“⁹

⁹ Britta Schellenberg ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des CAP (Centrum für angewandte Politikforschung) der Ludwig-Maximilians-Universität München. Zitiert nach <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/der-traum-von-der-westausdehnung>

Soweit Britta Schellenberg vom CAP. Ihr ansonsten recht interessanter Aufsatz hat einige Schwachstellen bzw. Ungereimtheiten. Die NPD setzte im Bayernwahlkampf nicht einfach auf „Heimatverbundenheit“, sondern vor allem auf brutalen Rassismus und Chauvinismus. Und damit konnte die NPD sich sehr wohl „hervortun“, denn die bürgerlichen Parteien setzten in ihren Plakatkampagnen zwar auf weiß-blau, heimatverbunden, wertkonservativ etc., aber *nicht* auf Rassismus. Auch grundsätzlich ist es falsch, das Problem der NPD darin zu sehen, dass die anderen Parteien ähnliches propagieren. Im Gegenteil, erst wenn das bürgerlich-konservative Lager beginnt, ähnliches zu propagieren wie die Rechten, können die Rechten überhaupt erst landen. Allein, auf sich gestellt, schaffen die Rechtsextremen das nicht.

Zum anderen scheint der CAP-Artikel das Zusammenwirken von NPD und REP zu verkennen, bzw. überhaupt die gefährliche Rolle der REP. Gefährlich auch insofern, als Beckstein in dem Zitat ja nur dafür sorgen will, „dass die NPD hier keinen Fuß auf den Boden bekommt“ und von den REP vornehm schweigt... Auch ein Wechselspiel von CSU und REP wäre zu beachten bzw. zu analysieren, dazu später.

Sind die Rechten zur Zeit alle im Lager der CSU...

Sind nun die Rechten einfach bei der CSU so gut aufgehoben, dass sie sich nicht als eigene Partei formieren müssen/können? Das ist eine weit verbreitete Meinung, und es gibt viele Gründe dafür. Fest steht, dass die Rechten bei dieser Wahl auf ihrer Kernwählerschaft sitzen geblieben sind. Das große Reservoir an Leuten mit rechten Anschauungen in Bayern *kann* bei der CSU geblieben sein, zumindest teilweise. Es kann sich aber auch bei anderen Parteien aufhalten oder nicht gewählt haben.

In der oben von Britta Schellenberg erwähnten Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung finden sich erschütternde Befunde über rechte und rechtsextreme Einstellungen in der Bevölkerung, gerade was Bayern betrifft – und die Ergebnisse für Bayern gelten nach statistischen Gesichtspunkten als *repräsentativ!*¹⁰

	Bayern (N=714)	Gesamt- deutsch- land	West (N = 4832)	Ost (N = 4832)
Befürwortung Diktatur	10,6	4,8	4,4	6,5
Chauvinismus	34,2	19,3	20,1	16,1
Ausländerfeindlichkeit	42,4	26,7	25,7	30,6
Antisemitismus	16,4	8,4	9,5	4,2
Sozialdarwinismus	6,4	4,5	4,0	6,2
Verharmlosung Nationalsozialismus	8,1	4,1	4,6	2,0

Diese rechtsextremen Einstellungen haben leider nicht nur Parteianhänger von NPD, DVU und REP, sondern auch Anhänger aller anderen Parteien in unterschiedlichen Graden. Dabei zeigt sich die traurige Tatsache, dass die Unionsanhänger mit rechtsextremen Ansichten teilweise noch übertroffen werden von Anhängern der SPD. Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus ist unter SPD-Anhängern noch stärker vertreten als unter Anhängern von CDU/CSU.¹¹ Das bedeutet, dass rechtsextreme Einstellungen sich nicht nur massenhaft in der CSU finden, sondern zu erheblichen Teilen auch in der SPD und leicht abgeschwächt auch bei FDP, Grünen und in Bayern sicher auch bei der Linken und den FW.

Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung weist nicht nur rechtsextreme Einstellungen nach, sondern kann auch konkret beantworten, was Rechtsextreme wählen. Kaum zu glauben, aber der oben

¹⁰ *Vom Rand zur Mitte – Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland* Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2006 <http://library.fes.de/pdf-files/do/04088a.pdf>

¹¹ s. Kasten auf S. 7. Tabelle 2.2.7a Diese Aussagen beziehen sich auf Westdeutschland, nicht auf Bayern. In Sachen Ausländerfeindlichkeit lagen zum Zeitpunkt der Befragung die Anhänger von PDS/WASG noch vor der SPD.

Tabelle 2.2.7a: Anteil von Personen mit rechtsextremem Einstellungspotential unter den Parteianhängern in Westdeutschland (in Prozent)

	West						
	CDU / CSU	SPD	FDP	Grüne	PDS / WASG	NPD / DVU / Republikaner	Nichtwähler
	N = 1304	N = 1168	N = 197	N = 266	N = 63	N = 37	N = 460
Befürwortung Diktatur	4,4	3,6	0,5	2,6	3,2	37,8	8
Chauvinismus	20,4	21,5	12,7	15,8	11,1	54,1	24,4
Ausländerfeindlichkeit	25,6	26,5	19,9	18,8	28,6	67,6	33,5
Antisemitismus	9,8	10,2	5,1	9,4	4,8	37,8	11,5
Sozialdarwinismus	4,5	4,3	2	2,6	3,2	21,6	3,9
Verharmlosung Nationalsozialismus	3,7	4,7	1,5	3,8	1,6	32,4	8,9

Als handlungsbezogene Komponente der Einstellung lässt sich das Wahlverhalten bewerten. Wir haben die Probanden nach der Partei gefragt, welche sie wählen würden, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären („Sonntagsfrage“). In Bezug auf die Häufigkeit rechtsextremer Positionen im Ländervergleich konnten wir feststellen, dass ein großer Anteil Rechtsextremer in der Bevölkerung zum entsprechenden Wahlverhalten führen kann (Mecklenburg-Vorpommern), aber nicht muss (Bayern). Das macht die Frage interessant, welche Parteien von Menschen gewählt werden, die rechtsextreme Einstellungen haben (vgl. Tabelle[n] 2.2.7a [...]).

In Ost- wie Westdeutschland finden wir die Rechtsextremen als Wähler der rechtsextremen Parteien wieder (NPD / DVU / Republikaner). Interessant ist aber, dass diese Parteien bei weitem nicht den Großteil der Rechtsextremen an sich binden können. Es zeigt sich, dass die Befragten sich auf alle Parteien verteilen und insbesondere die großen Volksparteien ein hohes Integrationspotential zeigen. Selbst liberale Parteien wie FDP und die Grünen und eine, ihrem eigenen Selbstverständnis nach, linke Partei wie die Linke / PDS und die WASG haben einen hohen Anteil an Wählern mit ausländerfeindlichen Einstellungen unter ihrer Wählerschaft. Die Grünen fallen mit ihrem relativ hohen Anteil an antisemitischen Wählern auf.

Um den Anteil derjenigen Wähler zu erfassen, die ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild haben, wurden zwei Summenwerte für die Skalen gebildet (vgl. Tabelle 2.2.8). Wir unterschieden diejenigen, die einen Gesamtwert über alle Fragen

von größer als 63 erreichten (das entspricht einem mittleren Antwortwert von 3,5 und damit einer durchschnittlichen Zustimmung auf allen Rechtsextremismus-Skalen) und eine Gruppe von Befragten mit einem Gesamtwert auf allen Skalen von größer als 72 (dies entspricht einer Zustimmung bei jeder Frage). Hier zeigt sich, dass die großen Parteien Menschen mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild in ihre Wählerschaft integrieren können. Sie schaffen es deutlich besser als die rechtsextremen Parteien selbst, diese Wählerschicht an sich zu binden. *Vom Rand zur Mitte, a.a.o S. 50-53*

Tabelle 2.2.8: Was wählen Rechtsextreme? (in Prozent)

	CDU / CSU	SPD	FDP	Grüne	PDS / WASG	NPD / DVU / Republikaner	Nichtwähler
Grenzwert >63 (N = 390)	35,1	34,4	1,8	4,4	1,8	5,9	16,7
Grenzwert >72 (N = 109)	30,3	24,8	0	1,8	0,9	14,7	27,5

erwähnte Skandal setzt sich hier fort. Wähler mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild (durchschnittliche Zustimmung auf allen Rechtsextremismus-Skalen) wählen zu 34,4% die SPD, zu 35,1% die CDU/CSU. Rechtsextremisten wählen die Partei der Grünen fast ebenso häufig wie ihre eigenen drei Rechtsparteien zusammen genommen.¹²

Wähler mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild von der beinharten Sorte (komplette Zustimmung auf allen Rechtsextremismus-Skalen) wählen immerhin noch zu 24,8% SPD und zu 30,3% CDU/CSU und nur zu 14,7% NPD/DVU/REP. Allerdings befinden sich unter diesen Rechtsextremen auch 27,5% Nichtwähler, also fast doppelt so viele wie rechts wählen. D.h. auch ohne Wählerwanderungen von CSU und SPD zu den Rechtsparteien könnten diese die 5%-Hürde knacken, wenn sie die rechtsextremen Nichtwähler mobilisieren können.

... oder hätte die CSU die Rechten nur gerne alle bei sich?

Die Rechtsextremen befinden sich also nicht alle bei der CSU, nach den Ergebnissen der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung *können* sie gar nicht alle bei der CSU sein. Die CSU wollte die rechten Wähler natürlich im Wahlkampf für sich mobilisieren. Aber direkt die rassistische Karte zu spielen – in Form einer rassistischen Kampagne wie sie Roland Koch in Hessen erneut versuchte – wagte die CSU wohl nicht. Denn solche gezielten Polarisierungen sind gefährlich: Herrn Koch hat es – so wie es aussieht – das Amt gekostet. Und die unsägliche Plakatkampagne der Münchner CSU gegen junge, ausländische Straftäter hat wohl zur Wahlniederlage der CSU bei den Kommunalwahlen im Frühjahr mit beigetragen.

So befand sich die CSU in einem Dilemma, das sich zum Wahltermin hin rasant verschärfte. Einerseits musste sie vorsichtig sein, andererseits wollte die CSU die rechte Klientel, die sie schon immer bedient hat, nicht außen vor lassen. In ihrer Panik, die absolute Mehrheit zu verlieren, wollte sie auf keine Stimme und kein Prozent verzichten.¹³ So sandte die Parteispitze auf dem Parteitag

¹² s. Kasten auf S. 7 Tabelle 2.2.8 Diese Zahlen gelten für das gesamte Bundesgebiet.

¹³ s. z.B. die Einschätzung des CSU-Parteitags im Juli bei *jurblog* vom 24.7.2008:

Ist Populismus die Lösung? – CSU wirbt mit ausländerfeindlichen Parolen

CSU-Vorsitzender Erwin Huber warnte auf dem Parteitag in Nürnberg vor einem Absturz Bayerns und einem Wertezerfall in Deutschland, sollten die Christsozialen den Regierungsauftrag nicht bekommen. Seit dem Bekanntwerden der schlechten Umfragewerte malt die CSU Schreckensbilder an die Wand.

Dabei bleibt das Thema „Ausländerkriminalität“ nach wie vor beliebtes Wahlkampfthema bei der CSU. Schon bei den Münchener Kommunalwahlen plakatierten Parteifunktionäre ein Foto von dem Überfall in der Münchner U-Bahn und dem Slogan: „... damit Sie nicht der Nächste sind“. Erst nach harscher Kritik in der Opposition wurden die Plakate überklebt. Ob die Verluste der Münchner CSU bei der Wahl im März mit dem Plakat zusammenhingen, blieb zwar strittig. Denkt man aber an die Wahlschlappe der hessischen CDU, die im Januar ebenfalls die „kriminellen Ausländer“ zum Wahlkampfthema machte und dabei schwere Verluste einstecken musste, erscheint die Erklärung alles andere als abwegig.

Trotz dieser Erfahrung hält die CSU an seinem an Fremdenfeindlichkeit grenzenden Populismus fest. Insbesondere Ministerpräsident Günther Beckstein spielt in seiner Rede in Nürnberg klassische Vorurteile an, wenn er von der Undankbarkeit von Ausländern spricht, die trotz aller Segnungen des Sozialstaats zu Verbrechern werden. Sie gehörten „hinaus, hinaus“ ruft er zu den Parteifunktionären und bekommt dafür regen Applaus. Jeder Ausländer müsse sich an die „Hausordnung“ halten, erklärt er danach. „Wir verlangen die Bereitschaft, sich bei uns einzufügen, unsere Leitkultur mit den Wurzeln Christentum, Aufklärung, Humanismus anzuerkennen.“ Auch Parteivorsitzender Erwin Huber spricht die Leitkultur an und warnt vor einem Wertezerfall. Die Christsozialen hätten „eine Mission, einen ganz speziellen Auftrag“, sagt er. In Deutschland herrsche „ein Durcheinander der Werte, wenn überhaupt noch welche da sind“.

Welche Werte gemeint sind, blieben genauso offen, wie die angeblichen Verursacher des Wertezerfalls, die das Land verlassen müssten. „Hinaus, hinaus“ sollen etwa die in Deutschland zu Verbrechern gewordenen U-Bahn-Schläger aus München. Was ist mit denjenigen, die sich nicht in die nicht definierte „Leitkultur“ assimilieren lassen wollen?

Worte, die Misstrauen und Hass säen, hört man oft genug im rechten Rand der Parteienlandschaft. Dass die „Volkspartei“ in Bayern glaubt, ihnen das Wasser abgraben zu müssen, indem sie selbst fremdenfeindliche Stimmung schürt, hat nichts mit „Schlitzohrigkeit“ zu tun und läuft dem „Auftrag“ der CSU zuwider. Denn die gefährlichen Worte der CSU-Spitze sind weder mit der christlichen Nächstenliebe noch mit dem Gedankengut der Aufklärung und dem Humanismus vereinbar. Dass die CSU dennoch zu solchen Mitteln greift, hat einen

der CSU in Nürnberg im Juli 2008 schon deutliche Signale aus an die Rassisten und Xenophoben in ihren Reihen und der Spitzenkandidat Beckstein vertiefte das auf seinen zahlreichen Reden auf dem Lande, in Bierzelten etc.¹⁴ Allerdings war das auf die unmittelbare und engste Anhängerschaft gerichtet – sonst kam ja niemand auf die Wahlveranstaltungen der CSU – in den Medien und in der Öffentlichkeit kam davon nicht viel rüber. Redaktionen außerhalb Bayerns, z.B. der Stern, registrierten die rassistische Tonlage allerdings schon ganz deutlich, haben sie allerdings auch erwartet und wollten sie vermutlich auch hören.¹⁵ Im Wahlprogramm, das die CSU Regierungsprogramm nannte, finden sich zwar schon bedenkliche, einschlägige Passagen, aber der schreckliche Begriff der „Leitkultur“ findet sich explizit nicht.¹⁶

Dagegen forderte Parteivorsitzender Huber noch am Aschermittwoch eine christliche Leitkultur ein

simplem Grund: Noch nie musste die CSU so um die absolute Mehrheit zittern.

<http://www.jurblog.de/2008/07/24/ist-populismus-die-loesung-csu-wirbt-mit-auslaenderfeindlichen-parolen/>

¹⁴ So schreibt z.B. das Neue Deutschland am 20.9.2008 unter der Überschrift »**Kreuzritter**« mit **Muffensausen** [...] Fünf Jahre diente er dann als Staatssekretär im von Edmund Stoiber geführten Innenressort, ehe er dieses 1993 selbst übernahm, als sein Chef zum Ministerpräsidenten avancierte.

In diesem Amt ging er ganz auf; hier profilierte er sich über die Grenzen Bayerns hinaus – zumeist mit extremen Forderungen vor allem zur Ausländerpolitik, zu Asylfragen, zur möglichst totalen Überwachung vermeintlich staatsgefährdender Aktivitäten. Als »schwarzer Sheriff« oder »Mister Null-Toleranz« prägte er wesentlich auch die entsprechend restriktive Bundesgesetzgebung, vor allem während der rot-grünen Koalition, als er zum »schwarzen Zwilling« Otto Schilys wurde. Da verwundert es nicht, dass er auch heute noch bei den CSU-Wählern vor allem mit diesen Themen ankommt und entsprechend grobschlächtig im Wahlkampf auftritt. »Wer ›Tod den Ungläubigen‹ ruft, der hat in unserem Land nichts zu suchen, der gehört raus«, fordert er da, oder: Wer nach Deutschland komme, der müsse »Respekt vor unserer Kultur und unseren Gesetzen haben, er muss unsere Leitkultur achten«. Schließlich wurde niemand »nach Bayern zwangsverschleppt und wenn doch, werde ich ihm gerne helfen, wieder auszureisen«. http://www.neues-deutschland.de/artikel/135858_kreuzritter-mit-muffensausen.htm

Die Frankfurter Rundschau schreibt über den Wahlkampf des Spitzenkandidaten Beckstein: „Nur wenn er zur Inneren Sicherheit kommt, wenn der Ex-Innenminister aus ihm spricht, gelingt es ihm, die Leute an den Bierbänken wachzurütteln: Wenn er von „anständigen Bürgern“ und ihrer Sicherheit redet, von „rechtschaffenen und fleißigen Ausländern“, die willkommen seien, und von denen die „unsere Leitkultur“ nicht akzeptierten und verschwinden sollen. http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/1598752_Mattes-Tandem-kaempft-mit-Gegenwind.html

¹⁵ Stellvertretend für andere überregionale Medien eine interessante Einschätzung zur Lage der CSU im Stern: <http://www.stern.de/politik/deutschland/CSU-Parteitag-Diese-CSU-Angela-Merkel/631690.html>

¹⁶ Alle Textstellen aus dem Wahlprogramm der CSU zu den Landtagswahlen, die die Thematik Migration/Ausländer/Leitkultur betreffen:

Für ein starkes Bayern – Regierungsprogramm 2008 bis 2013 [...]

Stolz auf Bayern [...] Wir wollen unsere christlich-abendländischen Werte und unsere Kultur pflegen und die Integration unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund verstärkt fördern, aber auch konsequent einfordern. Wir wollen dafür sorgen, dass Bayern unsere unverwechselbare, liebenswerte Heimat bleibt. (Seite 2f.)

6. Sicherheit ist Lebensqualität: Mit einer modernen Polizei und Justiz gegen Kriminalität, Terrorismus und Verwahrlosung. [...] d. *Ausweisung ausländischer Straftäter erleichtern*: Wir wollen erreichen, dass ausländische Straftäter leichter ausgewiesen werden können. (Seite 17)

9. International wettbewerbsfähige Metropolen, starker ländlicher Raum: Ganz Bayern voran bringen für eine leistungsfähige und lebenswerte Heimat. [...] d. *Attraktive Städte*: [...] Deshalb werden wir alles tun, um die Sicherheit in öffentlichen Räumen weiter zu verbessern. Außerdem werden wir mit einem Zehn-Punkte-Programm zur Integration die mit Zuwanderung verbundenen Probleme, die sich in den Großstädten konzentrieren, angehen. Dazu soll vor allem die Verstärkung der frühkindlichen Sprachförderung, mehr Unterstützung für Jugendliche bei der Ausbildungsplatzsuche und geringere Obergrenzen für die Klassengrößen in Hauptschulen mit einem hohen Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund beitragen. Mit unserem Steuerreformkonzept wollen wir den Wohnungsbau verstärkt fördern. (Seite 22)

11. Heimat Bayern: Zusammenhalt fördern – Kultur, Brauchtum und geschichtliches Erbe pflegen. [...] b. *Integration fördern und fordern*: Integration ist in Zeiten der Globalisierung eine Schlüsselfrage für den Erhalt unserer Heimat Bayern. Einheimische wie Zuwanderer tragen Verantwortung für eine erfolgreiche Integration.

und textete bei der Gelegenheit, was die REP plakatierten.¹⁷ Und Innenminister Hermann legte im März dieses Jahres in einer Presseerklärung nochmal nach: „In Deutschland lebende Muslime müssen die Leitkultur „ohne Wenn und Aber“ anerkennen...“.¹⁸

Beckstein würde demjenigen „bei der Heimreise helfen“, der zwangsweise hierher gekommen sei

So hat es fast den Anschein, dass die CSU auf ihr rechtslastiges Image zwar nicht verzichten, es aber auch nicht an die große Glocke hängen wollte. Fast sieht es nach einem verdeckten Zusammenspiel mit den REPs aus, die das plakatierten, was auch in der CSU gedacht wird, aber nicht jederzeit und überall so offen ausgesprochen wird. Weil auch die CSU zu merken scheint, dass rechtsextreme, rassistische Positionen nicht mehr unbedingt so vorzeigbar sind, vor allem nicht in den *Städten*.

Dazu würde auch passen, dass die bayerische Staatsregierung in aller Stille die Beobachtung der REPs eingestellt hat¹⁹ und gegen volksverhetzende Plakate der NPD gelegentlich vorgeht, nicht aber gegen die Plakate der REPs mit der gleichen Tendenz. Die CSU scheint die REPs irgendwie für vorzeigbarer zu halten als die NPD.

Allerdings scheint man auch mit dem NPD-Jargon keine argen Berührungsängste zu haben. Im August musste die bayerische Justiz gegen NPD-Plakate „Guter Heimflug“ vorgehen. Nach unseren Informationen sollen auch Plakate mit „gute Heimreise“ aufgetaucht sein. Auf dem CSU-Parteitag im Juli wollte Beckstein Migranten, die glauben, unfreiwillig hier zu sein, „bei der Heimreise helfen“. Wir wollen nicht behaupten, diesen ungeheuerlichen Zynismus habe Beckstein von der NPD übernommen. Schließlich hat Beckstein die entsprechende Äußerung ja einen Monat vor der Plakataktion der NPD gemacht. Die ungeheuerlichen Vorgänge und Reden auf dem CSU-Parteitag im Juli haben wir nirgends im Netz dokumentiert gefunden – es sieht fast so aus wie wenn welche zuerst auf den Putz hauen und hinterher ihre Spuren verwischen. Wir wollen zum Schluss auszugsweise einen Bericht/Zusammenfassung der Forschungsgruppe der LMU München zitieren, wo Becksteins Auftreten auf diesem ominösen Parteitag beschrieben wird:

„Erneut auf die Sicherheitspolitik rekurrierend, stellte der frühere Landesinnenminister fest, Bayern habe weiterhin die niedrigste Kriminalität und die höchste Aufklärungsrate: „Sicherheit und Freiheit gehören zusammen. Demonstrationen seien ein demokratisches Grundrecht, aber:

Mit einem Zehn-Punkte-Programm von der Sprachförderung bis zur Einbürgerung als Abschluss erfolgreicher Integration wollen wir Menschen mit Migrationshintergrund bei der Eingliederung in die Gemeinschaft verstärkt helfen. Wir fordern das Bemühen um Integration aber auch ein. Wer dauerhaft hier leben will, muss unsere Kultur und Wertetradition achten und zum Miteinander bereit sein.

http://www.csu.de/dateien/partei/beschluesse/080719_regierungsprogramm.pdf

¹⁷ CSU-Chef Huber fordert christliche Leitkultur

Beim politischen Aschermittwoch der CSU in Passau hat der Parteivorsitzende Erwin Huber ein mutiges Eintreten für christliche Werte gefordert. Eine EU-Mitgliedschaft der Türkei schloss er aus.

Zwar sollten in Deutschland Moscheen gebaut werden können. „Aber wir wollen, dass auch in 100 Jahren Kirchtürme und nicht Minarette unser Bayern prägen“, sagte Huber. Zugleich forderte er die Türkei und muslimische Staaten dazu auf, „den christlichen Gemeinden Raum und Freiheit“ zu lassen.

Auch den EU-Beitritt der Türkei hat der Parteichef in seiner eineinhalbstündigen Rede aufgegriffen und erklärt, dass die Türkei kein europäisches Land sei: „Partnerschaft ja, Mitgliedschaft in der EU: Nein, nein und nochmals nein!“ <http://www.igmg.de/nachrichten/newsdetails/csu-chef-huber-fordert-christliche-leitkultur/3.html>

¹⁸ http://www.csu.de/partei/unsere_politik/inneres_sicherheit/integration_zuwanderung/174910844.htm

¹⁹ „Aufgrund der im Jahr 2007 zu verzeichnenden Entwicklung der Partei wird die Partei ‚Die Republikaner‘ im Verfassungsschutzbericht, auch im Personenpotenzial nicht mehr als rechtsextremistisch geführt.“ Mehr als diesen einen Satz waren die Republikanern den Verfassungsschützern nicht wert. Die Partei selbst feierte die Nichterwähnung als Sieg und fühlte sich bestätigt in ihrer Auffassung, bei ihr handele es sich um eine „rechtskonservative, sozialpatriotische“ Partei. Zukünftig kann sie sich gar mit dem Adjektiv demokratisch schmücken - der Verfassungsschutz macht's möglich. Viel gegeben haben die Republikaner bislang zwar nicht auf die Verfassungsschutzberichte, die sie zuweilen auch als „moderne Märchenbücher“ bezeichneten, aber der aktuelle Bericht ist ihnen Signum des Sieges. http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&task=view&id=1533&Itemid=241

„Recht und Ordnung sind in Bayern zu Hause.“ Die U-Bahn-Schläger hätten mit den gegen sie verhängten bis zu zwölf Jahren Haft eine „anständige Sühne“ erhalten: „Wir sind für die Anständigen, nicht für die Verbrecher!“ Die Integration von Migranten sei wichtig, aber die Bereitschaft, sich zu integrieren, müsse bei den Hinzukommenden vorhanden sein: Sie hätten die deutsche Leitkultur anzuerkennen, die geprägt sei von Christentum, Aufklärung und Humanismus. Die hieraus resultierenden Regeln, Werte und Ordnung müssten sie befolgen. Niemand sei gezwungen worden, nach Deutschland zu kommen. Wer zwangsweise hierher gekommen sei, der solle sich bei ihm melden, so Beckstein. Er würde demjenigen „bei der Heimreise helfen“. Die Gleichberechtigung der Geschlechter, die Freiheit und die Rechtsstaatlichkeit müssten gerade auch für die Ausländer bewahrt werden. Die bayerische Gesellschaft sei weltoffen und tolerant, aber die Gesetze seien einzuhalten. Türken lebten in Deutschland sicherer als in der Türkei, Frauen hätten oft mehr Rechte als in ihren Heimatländern, z.B. im Iran. Freiheit, Sicherheit und Recht seien Voraussetzungen für Europa und seine Friedensordnung, die CSU definiere sich als „Wachhund der Subsidiarität“.

Beckstein hob hervor, einen offensiven, aggressiven Wahlkampf führen zu wollen, zumal nicht mal die SPD die Kritik an der CSU in den Mittelpunkt stelle. Dies sei das größte Lob für die Regierungsarbeit überhaupt: „Wir werden den Wahlkampf erfolgreich bestehen.“ Mit Kopf und Herz sollten alle Delegierten und Aktiven für die Einzigartigkeit Bayerns und der CSU eintreten.²⁰

In einem Folgeprojekt wollen wir auf weitere Punkte eingehen, die für die Lage der Rechten in Bayern wichtig und für ihre Entwicklung vielleicht entscheidend sind.

- ◆ Dazu gehören z.B. ihre Finanzen²¹

²⁰ <http://www.landtagwahl-bayern.uni-muenchen.de/cms/index.php?page=zusammenfassung-guenther-beckstein>

²¹ Die NPD hat das Quorum für die staatliche Parteienfinanzierung von 1,0% der Stimmen nur knapp überschritten (1,16%), bekommt jetzt also auch aus der Bayernwahl dringend benötigtes Geld in die Kasse



Das Hardlinetum Becksteins war nur nach außen hin polizeifreundlich. Intern gab es durchaus Missmut und gewaltige Missstände. Der Bekleidungszuschuss blieb seit Jahren unverändert, so dass die PolizistInnen ihre hübschen beige-grünen Uniformen, mit denen sich Beckstein im Wahlkampf garnierte, von Jahr zu Jahr mehr aus eigener Tasche bezahlen mussten. Natürlich hat sich auch Beckstein für den Wahlkampf neue Anzüge und Krawatten geleistet – wie ganz Bayern beobachten konnte. Aber vom Gehalt eines Ministerpräsidenten ist das auch wesentlich leichter. Die Freien Wähler jedenfalls forderten im Wahlkampf: „angemessene Honorierung der Polizeiarbeit statt Konsolidierung des Staatshaushaltes durch nicht vergütete Arbeitszeiterhöhungen der Polizei“, „angemessene Erhöhung der Schicht- und Wechselschichtzulage“ etc.

Also selbst seinen Augapfel pflegte Beckstein nicht so, dass Zufriedenheit einkehrte. Im Gegenteil, das gute Ansehen Becksteins bei der Polizei wurde, wie unter Stoiber auch, von der Staatsregierung benutzt, um eine ungeliebte und umstrittene Polizeireform notfalls auch gegen die Betroffenen durchzusetzen. „Sicherheit ist Lebensqualität“, plakatierte die CSU. Pikant – die Freien Wähler erheben den Vorwurf, dass weder die Lebensqualität noch die Sicherheit der BeamtInnen zu diesem Sicherheitsbegriff der CSU zu gehören scheinen. Die FW forderten z.B. „keine Einzelstreifen, wie im ländlichen Bereich und zur Nachtzeit geplant; dies ist hinsichtlich zunehmender Gewaltbereitschaft der Täter unverantwortlich und steht im Widerspruch zur Fürsorgepflicht des Dienstherrn“. (wir zitieren dies, obwohl wir uns der These von der zunehmenden Gewaltbereitschaft nicht ungeprüft anschließen wollen)

PolizistInnen mit einem Groll gegen die Staatsregierung mussten bei dieser Wahl nicht nach rechts gehen. Sofern sie nicht SPD wählen wollten, waren sie bei den Freien Wählern ganz gut aufgehoben.

- ◆ und ihr Personal²².
- ◆ Dazu gehören allgemein sehr hohe Hürden und Kriterien für eine neue Parteibildung in der BRD, wie sie die Parteienforschung festgestellt hat.
- ◆ Genauer untersucht werden muss der Leitkulturbegriff der CSU: gibt es da Einschränkungen, wie z.B. Beckstein suggeriert, die die CSU von den Rechtsextremen klar abgrenzen? Oder ist die „Leitkultur“ die Schnittstelle der CSU zu den Nazis?
- ◆ Und nicht zuletzt muss die Konstellation in Österreich beleuchtet werden mit ihren möglichen Konsequenzen für Bayern: In Österreich hat die ÖVP die FPÖ schon früh hoffähig gemacht und hält sich nun eine Koalition mit den rechtsextremen Parteien FPÖ und BZÖ als reale Option offen.
- ◆ Was kann getan werden, dass eine ähnliche Option in Bayern, z.B. CSU und wieder erstarkte REP nie realistisch wird?
- ◆ Gewürdigt werden muss der insistente antifaschistische Widerstand an *allen* Orten gegen *alle* Aktivitäten der Nazis in Bayern, der einen unschätzbaren Beitrag leistet, die Nazis nieder zuhalten.

Peter Feininger

²² Lt. letztem verfügbaren Parteifinanzierungsbericht hat die NPD Null Personalausgaben in Bayern, also kein hauptamtliches Personal